# Legehennen-Zucht stärker im Blick

**BETRUGSVERDACHT** Rot-grüne Regierung kündigt Initiative im Bundesrat an – Ermittlungen gehen weiter

Die meisten fraglichen Betriebe sind keine Bio-Höfe. Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) will die Verbraucher besser schützen.

VON RALF KRÜGER

**OLDENBURG/HANNOVER** – Niedersachsen will nach den Ermittlungen wegen möglicherweise Millionen falsch deklarierter Eier erste Konsequenzen auf Bundesebene ziehen. Die neue rot-grüne Regierung in Hannover kündigte am Dienstag eine Initiative im Bundesrat an, um das Vertrauen der Verbraucher besser zu schützen. Hintergrund sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Oldenburg. Millionen Eier aus Freiland- und Bodenhaltung sowie Bio-Betrieben – meist aus Niedersachsen, aber auch aus anderen Regionen – wurden demnach falsch deklariert.

Allerdings sind die meisten der fraglichen Betriebe nach Angaben des grünen Agrarministers Christian Meyer keine Bio-, sondern konventionelle Höfe. Die mutmaßlichen Überbelegungen fanden offenbar mit einem differenzierten System der Verdeckung und Verschleierung statt, sagte Meyer: „Es geht um einen Legehennen-Skandal, keinen Bio-Eier-Skandal“, erklärte Meyer. Er kündigte an, künftig eine stärker sichtbare Trennung zwischen konventionellen und ökologischen Betrieben vorzunehmen. Niedersachsen hat nach seinen Angaben 1080 Legehennen-Betriebe, davon 211 Bio-Höfe.

Die schwarze-gelbe Vorgängerregierung hatte nach ihrer Information durch die Oldenburger Staatsanwaltschaft einen Erlass an die Landkreise geschickt, betonte der Agrar- und Verbraucherminister auf einer Pressekonferenz. Die Landkreise seien darin gebeten worden, Hinweise auf eine Überbelegung der Ställe zu melden. Es habe aber keine entsprechenden Rückmeldungen gegeben. Meyer ließ offen, ob die Betriebe festgestellte Missstände abgestellt haben oder nicht.

Sein Ministerium prüft zurzeit, ob unter Berufung auf das Lebensmittel- und Futtergesetz eine namentliche Nennung der betroffenen Unternehmen notwendig werde. Dazu seien ein durch Tatsachen hinreichend untermauerter Anfangsverdacht sowie Täuschungsabsicht erforderlich. Zudem müssten die Betriebe zuvor gehört werden. Das Agrarministerium stimmt sich mit der Staatsanwaltschaft derzeit darüber ab.

Niedersachsen will diesen Freitag im Bundesrat eine Entschließung einbringen, in der neben einer stärkeren Überwachung von Tierschutz und ökologischem Landbau der Verbraucherschutz gestärkt werden soll. So soll unter anderem die Aufzucht der Legehennen von den Behörden stärker verfolgt werden als bisher, für die auch auf Bundes- und EU-Ebene konkrete Mindestanforderungen geschaffen werden sollen.